

Aktion "Zug für Afrika"

Veranstaltung mit Podiumsdiskussion
6. September 2012, Schloss St. Andreas Cham

Grusswort von Landammann Matthias Michel

Wichtiges privates Engagement im Ausland

Sehr geehrte Verantwortliche der fünf beteiligten Organisationen
Sehr geehrte Dame und sehr geehrter Herr des Schlosses
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich bedanke mich für die Einladung als mich als Vertreter des Zuger Regierungsrates. Dankbar bin ich auch, dass ich hier und heute nicht das erste und auch nicht das letzte Wort habe, was uns als Regierungsvertreter oft passiert (und wir dies auch schätzen). Dies deshalb, weil die Verantwortung für diese Aktion auf privaten Schultern liegt und wir hier auch dieses Privatengagement anerkennen.

Ich anerkenne und schätze, dass Menschen gerade im Kanton Zug, in einer Region und in einem Land von hohem Wohlstand, aus dieser Basis des Wohlstandes schöpfen, um Hilfsprojekte zu starten und zu realisieren. Nicht nur das: Sie teilen auch Wissen und Erfahrung, indem sie ihr Know-how direkt vor Ort in Afrika vermitteln, sich mit Ihrer Person hineingeben und andere Personen befähigen sich selber zu helfen. Diese persönliche direkte Hilfe erachte ich als sehr wirksam und effizient, weil kein grosser Verteilmechanismus Geldströme zu leiten und zu überwachen hat. Sie selber stehen als Personen hinter diesen Projekten und machen diese auch deshalb vertrauenswürdig.

Ich betone dieses Privatengagement auch deshalb, weil gerade der Kanton in seinem Auslandengagement sehr begrenzt ist: Aussenpolitik einschliesslich Entwicklungshilfe im Ausland liegt nicht im eigentlichen Zuständigkeitsbereich der Kantone. Dies wird uns zuweilen auch im Zuger Kantonsrat gesagt. Dennoch kennen wir zwei Möglichkeiten: Erstens Sofort- oder Wiederaufbauhilfe in Krisensituationen, weshalb wir kürz ich einen Beitrag nach Syrien gesprochen haben. Und zweitens die Zuwendung an humanitäre Projekt aus dem jährlichen Ertragsüberschuss.

Auf Antrag des Regierungsrates hat der Kantonsrat gerade am letzten Donnerstag (in 2. Lesung) insgesamt Fr. 700'000.-- aus dem Ertragsüberschuss 2011 an humanitäre Projekte im Ausland gesprochen. Erfreulicherweise konnten wir dabei gerade auch drei der heute präsentieren Projekte unterstützen, namentlich das Trinkwasserprojekt der Stiftung St. Martin, das Spitalprojekt der Ruedi-Leuppi-Stiftung und das Kochstellenprojekt von newTree. Insgesamt sind es Fr. 300'000.-- an diese Projekte. Zwei weitere Beiträge von Green Cross und von Co-Operaid gehen ebenfalls an Projekte in Afrika; vom Total von Fr. 700'00.- sind es somit 60%, welche nach Afrika gehen. Dies ist sicher symptomatisch für diesen Kontinent.

Wenn ich bei Afrika bin, so können wir die Augen nicht verschliessen davor, dass es einige afrikanische Länder mit Defiziten hinsichtlich Demokratie, Rechtsstaat, Menschenrechte und Umweltschutz gibt und dass gerade in solchen Ländern oft Rohstoffe abgebaut werden. Entsprechend werden auch Rohstoffunternehmen in den öffentlichen

Fokus und in die Pflicht genommen. Die Schweiz ist ein wichtiges Sitzland für solche Unternehmen, einige davon haben ihren Sitz in Zug.

Ich meine, es wäre eine Verdrängungspolitik, solche Unternehmen aus unserem Land zu verbannen oder sie generell zu verdächtigen. Sie bringen grosse Wertschöpfung und Arbeitsplätze in diesen Ländern. Umgekehrt sind sie mit den erwähnten Defiziten konfrontiert. Vielmehr wollen wir darauf setzen, dass diese Unternehmen ihre Transparenz und Kommunikation auch über ihre Aktivitäten erhöhen - schliesslich profitieren wir alle von Rohstoffen. Gerade diese erhöhte Transparenz fordert auch der Zuger Regierungsrat. Und anlässlich einer Beantwortung einer Interpellation im Mai 2012 haben wir erstens die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Minen generell bedauert und unserer Besorgnis darüber Ausdruck gegeben. Zweitens haben wir klar die Erwartung an die verantwortlichen Unternehmen zum Ausdruck gebracht, dass sie sowohl die örtlichen als auch die Gesetze der Schweiz einhalten; dazu gehören namentlich die Menschen- und Umweltrechte einschliesslich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen. Darüber erwarten wir, dass die beteiligten Unternehmen mit der einheimischen Bevölkerung im Dialog stehen, zu einer konstruktiven und friedlichen Zusammenarbeit beitragen und im Falle von Konflikten das ihrige dazu beitragen, dass diese gewaltlos gelöst werden.

Andererseits kann der Regierungsrat jedoch nicht die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft übernehmen, internationale Standards zu setzen und durchzusetzen. Auch die zuweilen geäusserte Erwartung, Unternehmen zu ethischem und moralischem Handeln zu bringen, übersteigt die Aufgaben und die rechtlichen Möglichkeiten einer kantonalen Exekutive. Auch diesbezüglich ist ein Kanton somit in seinen Möglichkeiten begrenzt. Und auch hier, wenn es um Transparenz, ethische Beurteilungen usw. geht, haben private Menschen, insbesondere auch NGO ihre Rolle und ihre Berechtigung.

Sie sehen: Die staatliche Macht eines Kantons ist begrenzt, ob es nun um Regulierungen oder um Auslandhilfe geht. Und aus der Sicht des Bürgers, der Bürgerin, ist die Begrenzung der staatlichen Macht auch richtig.

Den staatlich nicht besetzten bzw. geregelten Raum können und sollen private Aktivitäten einnehmen. Das gehört zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung. Dass die heute präsenten Organisationen und die darin aktiven Menschen dies tun, das finde ich wichtig und anerkennungswürdig.